

Vom Knecht zum Herrn? Ostdeutsche Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit – Erwartungen, Erfahrungen, Leistungen und Enttäuschungen¹

Evemarie Badstübner

Ein Problemaufriß

Wilhelm Thiele, Ende der 50er Jahre einer der stellvertretenden Oberbürgermeister Ostberlins, berichtet in seinen Erinnerungen über ein ihn frustrierendes Erlebnis anlässlich der Wiedergründung der Weddinger KPD-Organisation im Juni 1945. Er und seine Genossen hatten traditionsbewußt die Gründungsversammlung in das von früher vertraute Parteilokal „Sängerheim“ verlegt. Dafür erhielten sie vom eingeladenen Referenten Anton Ackermann einen fürchterlichen Rüffel. Sie verkröchen sich in eine alte Scheune, obwohl ihnen nun die besten Säle zur Verfügung stünden. Offensichtlich hätten sie nicht begriffen, daß sie jetzt die Macht hätten.² Als einer der maßgeblichen Redner auf dem ersten Kulturtag der KPD Anfang 1946 charakterisierte Ackermann dann die sozialistische Arbeiterbewegung als Hauptkraft der demokratischen Erneuerung, kennzeichnete aber die gesamte Arbeiterschaft eher vorsichtig als den potentiellen „Hauptträger der nationalen, demokratischen und kulturellen Neugeburt Deutschlands“.³ Basierend auf dem Konzept vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus rechnete er wohl mit längerfristigen Wandlungs- und Lernprozessen der nachfaschistischen Gesellschaft und nicht zuletzt der Arbeiterschaft. Doch zwei Jahre später, auf dem ersten Kulturtag der SED, nannte er sie „die entscheidende und zur Führung berufene Klasse“. Diese Rolle käme der Arbeiterklasse zu,“ meinte er, „weil sie die tragende Säule im Neuaufbau unserer Wirtschaft, unseres materiellen Seins ist und auch die größten Opfer zu bringen hat, weil sie von allen Klassen und Schichten die demokratischste Kraft ist und weil sie die Trägerin der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung sein wird.“⁴ Otto Grotewohl indes glaubte, daß sich die Arbeiter

1 Bearbeiteter Vortrag auf der Tagung „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten. Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – neue Erkenntnisse, neue Fragen“ am 8./9. Dezember 2006 in Berlin.

2 Siehe Wilhelm Thiele: *Geschichten zur Geschichte*, Berlin 1981, S.205f. Ackermann befürchtete wohl auch, er habe es mit Sektierern zu tun, die zur alten KPD zurück wollten, denn dieses Lokal war vor 1933 oft genug Ausgangspunkt von antisozialdemokratischen Aktionen.

3 Anton Ackermann: *Unsere kulturpolitische Sendung. Rede auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD in Berlin vom 4.2.1946*, in: Gerd Dietrich (Hrsg.): *Um die Erneuerung der deutschen Kultur, Dokumente 1945-1949*, Berlin 1983, S.122-143, hier S.130.

4 Anton Ackermann: *Marxistische Kulturpolitik. Rede auf dem Ersten Kulturtag der SED in Berlin am 7.5.1948*, in: ebenda, S.266-301, hier S.289.

in den jungen volkseigenen Betrieben bereits auf dem „Weg vom Sklaven der Maschine zum Herrn der Maschine“ befänden.⁵

Entsprach dies dem Selbstverständnis und den Intentionen der konkreten Nachkriegs-Arbeiterbevölkerung Ostdeutschlands? Mit welchen Augen sahen Arbeiterinnen und Arbeiter die neu entstehenden Organisationen, und welche Rolle spielten KPD, SPD, später SED oder Gewerkschaften im Arbeiter-Alltagsleben der Nachkriegszeit? Trotz der inzwischen beachtlich gewachsenen Zahl an Publikationen zur ostdeutschen Arbeitergeschichte,⁶ an Zeitzeugenbefragungen und erfahrungsgeschichtlichen Untersuchungen sind generalisierbare Antworten auf diese spezielle Frage nur mit einem hohen Anteil an Spekulation zu geben.

Meine Überlegungen dazu beziehen sich im folgenden allerdings nur auf die unmittelbare Nachkriegszeit. Die weitreichende Wirkung der 40er Jahre sollte indes nicht unterschätzt werden. Denn dieser Zeitraum war ein historischer Hexenkessel, in welchem einerseits die tiefstgreifenden gesellschaftlichen Umwälzungen der ostdeutschen Geschichte stattfanden, sich aber zugleich widersprüchlichste, auch gegenläufige Entwicklungstendenzen in der Arbeiterschaft abzeichneten und potentielle Konfliktlagen, dauerhafte Sozialverhaltensformen sowie politische Konfigurationen ausbildeten, die den Problemhaushalt, aber auch die Stärken der späteren DDR ausmachten. Zudem haben die Alltagserfahrungen der Nachkriegszeit ganze Generationen und soziale Gruppen entscheidend bis in ihre Lebensführung, ihre Wertvorstellungen und ihr Politikverhalten hinein geprägt – ihre Genügsamkeit, ihren sparsamen Umgang mit Nahrungsmitteln und Material aller Art und nicht zuletzt ihre Haltung zu Krieg und Frieden.

Ausgangsbedingungen

Ohne Zweifel ist es für das Verständnis von Arbeitergeschichte nach 1945 unerlässlich, die inneren Differenzierungsprozesse und Veränderungen in der

5 Otto Grotewohl: Die geistige Situation der Gegenwart und der Marxismus, in: ebenda, S.219-264, hier S.254. Doch noch immer gingen Politiker wie beispielsweise Pieck von der Längerfristigkeit der Entwicklungen aus: „Wir [...] geben uns auch keinen Illusionen über das Tempo der Durchführung unserer Forderungen hin.“ Schlußansprache Wilhelm Piecks, in: Protokoll der Verhandlungen des Ersten Kulturtages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 5. bis 7. Mai 1948, Berlin 1948, S.270-274, hier S.272.

6 Siehe Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995; Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Arbeiter in der SBZ-DDR, Essen 1999; Peter Ahlheit/Hanna Haack: Die vergessene „Autonomie“ der Arbeiter. Eine Studie zum frühen Scheitern der DDR am Beispiel der Neptunwerft, Berlin 2004; Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln-Weimar-Wien 2005; siehe auch Alf Lütcke: „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S.188-213.

Arbeiterexistenz des frühen 20. Jahrhunderts zur Kenntnis zu nehmen. Schon in der Weimarer Republik war der um 1900 entstandene, man möchte fast sagen klassische Typ proletarischen Lebens – gekennzeichnet durch klasseneigene Organisationen, Einrichtungen, Kommunikationsstrukturen und Medien, Perspektivvorstellungen und Werte sowie weitgehende Identifizierung der Arbeiter mit der damaligen Arbeiterbewegung – erheblichem Wandel unterworfen gewesen. Wenngleich nach wie vor antikapitalistisch ausgerichtet, hatten in den 20er Jahren soziale und politische Differenzierungen innerhalb der Arbeiterschaft, das Anwachsen anderer lohnabhängiger Schichten wie etwa der Angestellten, aber auch die Möglichkeiten der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und der zunehmende Einfluß der kommerziellen Massenkultur neue politische, soziale und kulturelle Varianten des Arbeiterverhaltens, unterschiedliche Organisationsstrukturen und -programme und verfestigte politische Lager – hie KPD, da SPD –, aber auch Individualisierungsprozesse befördert.

Der folgenschwerste Einschnitt erfolgte jedoch 1933. Die faschistischen Methoden politisch-kultureller Herrschaftssicherung – brutale terroristische Unterdrückung sowie flächendeckende Vernichtung der proletarischen Organisationskultur und die gnadenlose Verfolgung und Ermordung ihrer handlungsfähigsten Protagonisten auf der einen Seite, sowie ein Höchstmaß an sozialer und kultureller Demagogie, verbrämt mit pseudosozialistischen Argumentationen und Volksgemeinschaftspropaganda auf der anderen, nicht zuletzt jedoch die zeitweilige Konsolidierung der proletarischen Lebenslage durch Arbeitsbeschaffung, Aufrüstung und damit industriewirtschaftliche Konjunktur sowie gruppenspezifisch aufgefächerte Sozialleistungen und Versprechungen bewirkten die Ruhigstellung von Arbeitermilieus, begünstigten aber offensichtlich das Eindringen faschistischen Gedankenguts in Teile der Arbeiterschaft.⁷ Auch Arbeiter profitierten von der Ausplünderung anderer Völker, wobei die Besetzung fremder, vor allem der westlichen Länder zunächst sogar als interessant und angenehm empfunden wurde. Nicht wenige erstrebenswerte Güter gelangten als Urlaubsmitbringsel oder via Paket auch in Arbeiterhaushalte. Selbst „der kleine Landser, der vor 1932 die ‚AIZ‘ gelesen hat,“ so ein Heimkehrer 1949, hatte „mit einem Mal den Herrenmenschenkoller gekriegt“⁸ und glaubte an den Endsieg. Seit dem Überfall auf die Sowjetunion beschlich zwar so manchen Wehrmachtssoldaten ein ungutes Gefühl, wie aus zahllosen

7 Siehe Timothy W. Mason: Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland. Eine Einleitung, in: Carola Sachse u. a.: Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S.25-52.

8 Stenogramm der öffentlichen Diskussion der Berliner Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion vom 7.1.1949 zum Thema „Über die Russen und über uns“. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 32/10085, unpag.

Feldpostbriefen⁹ und zeitgenössischen Beobachtungen hervorgeht. Doch erst die schweren blutigen Kämpfe und Niederlagen im Osten sowie der Bombenkrieg verursachten einen allmählichen Stimmungsumschwung, der jedoch oft genug in Resignation und Mutlosigkeit mündete. Aber noch in den letzten Kriegsmonaten wurden deutsche Arbeiter in der Rüstungsindustrie und anderen kriegswichtigen Werken, die sich gegenüber den Zwangsarbeitern nicht selten als Arbeiter erster Klasse empfanden, relativ gut versorgt. Um dies realisieren zu können, sind auf der anderen Seite immer öfter Menschen besetzter Länder, verfolgte Minderheiten und sowjetische Kriegsgefangene dem Verhungern preisgegeben worden.¹⁰ Vielfach verstrickt in Verbrechen der Nazis, waren nicht wenige Arbeiter keineswegs nur Opfer, politisch neutralisierte Produzenten oder Mitläufer, sondern Täter.¹¹ Aber aus der Arbeiterschaft und ihren Organisationen kamen auch die entschiedensten Gegner des Faschismus. Die kultur- und mentalitätsgeschichtlichen Folgen dieser zwiespältigen Entwicklung für das nachfaschistische Ostdeutschland sind m. E. noch immer nicht ausreichend erforscht.

Zwar war die Arbeiterschaft nie sozial, kulturell und politisch homogen, doch die kriegs- und nachkriegsbedingten Prägungen und Umschichtungen bewirkten einen besonders problematischen Wandel ihrer inneren Verfaßtheit und Zusammensetzung. Sowohl das überdurchschnittliche Eindringen proletarisierter Gruppen aus kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten, denen die Arbeiterlebensweise fremd war und die ihren neuen Status als sozialen Abstieg betrachteten, und die große Zahl kriegsbeschädigter und arbeitsunfähiger Menschen oder verarmter Rentner und Rentnerinnen aus Arbeiterkreisen, aber auch die zu Arbeitern gewordenen Nazis veränderten die Arbeiterschaft politisch-sozial erheblich. Außerdem fehlten die produktivsten mittleren Jahrgänge, die nur noch ein knappes Drittel des 1939 Normalen bildeten. Eine neue sozial-kulturelle Situation entstand darüber hinaus durch die vielen nun in die Erwerbstätigkeit drängenden Frauen – Arbeiterfrauen, doch auch Frauen aus anderen Schichten der Bevölkerung, die der bis dahin vornehmlich männlich geprägten Industriearbeiterschaft objektiv und subjektiv einen Wandel in den Sozialverhaltensformen abverlangten. Dazu kamen die weiter angewachsenen Scharen von Verwaltungsangestellten, die als lohnabhängige Schicht im

9 Siehe Detlef Vogel: Der Kriegsalltag im Spiegel von Feldpostbriefen (1939-1945), in: Wolfram Wette (Hrsg.): Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten, München 1992, S.199-212.

10 Siehe Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Bonn 2005, S.197.

11 Siehe Josef Mooser: Einleitung und Auswertung: Kontinuität und Diskontinuität in der Arbeitergeschichte des 20. Jahrhunderts, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.): Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S.653-664, hier S.663. Sehr differenzierte Aussagen finden sich auch bei Alf Lüdtkke: Wo blieb die „rote Glut“? Arbeitererfahrungen und deutscher Faschismus, in: Alf Lüdtkke (Hrsg.): Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen, Frankfurt/Main-New York 1989, S.224-282.

Zusammenhang mit der Arbeiterschaft zu sehen sind. Mit dieser hier grob skizzierten Neukonstituierung war einerseits ein fachlicher Dequalifizierungsprozess verbunden, zumal sich Facharbeiter in größerem Umfang noch in Gefangenschaft befanden. Doch hinter diesen demographischen Daten verbarg sich auch der kaum einzuschätzende Verlust an durch die Arbeiterbewegung geformten und gebildeten, handlungsfähigen, selbstbewußten und streitbaren proletarischen Persönlichkeiten, die Opfer des Krieges, aber vor allem des Naziterrors geworden waren. Nicht zu vergessen die großen Endphasen-Verbrechen¹² der Nazis. Noch in den letzten Kriegstagen und sogar darüber hinaus hatten Standgerichte gewütet, denen nachdenklich gewordene, kriegsmüde Menschen aus allen Schichten zum Opfer fielen.¹³ Und um keinen KZ-Häftling, keine potentielle antifaschistische Führungskraft lebend in die Hände der Alliierten gelangen zu lassen, wurden sie auf Todesmärschen durch das Land getrieben. Somit ist letztlich – wenn man auch noch die Opfer des Stalinismus in Rechnung zieht – die Frage nach der politischen Handlungs- und Herrschaftsfähigkeit dieser Arbeiterschaft zu stellen, die in den Perspektivvorstellungen der Linken die große Hoffnungsträgerin war.

Zeitgenössische Berichte über das Kriegsende und die ersten Nachkriegsmonate vermitteln das Bild einer verstörten deutschen Bevölkerung, die sich besiegt fühlte und ihre Kraft vor allem auf das bloße Überleben konzentrierte. „Männer und Frauen fangen leicht an zu weinen“, schrieb Arthur Pieck am 7. Mai als besonders bemerkenswert an seinen Vater nach Moskau. Aufgefallen waren ihm aber auch „politische Unklarheit und Unsicherheit der Arbeiter.“¹⁴ Die Rote Armee suchte mit Unterstützung der spontan entstandenen Antifa-Ausschüsse, der sich ab Juni 1945 neu konstituierenden Parteien und Gewerkschaften, der zunächst von der Besatzungsmacht eingesetzten kommunalen und Landesverwaltungen, ebenso kirchlicher Kreise, der Verzweiflung, aber auch der Verwilderung breiter Schichten entgegenzuwirken und das Leben wieder in geordnetere Bahnen zu lenken. Erstmals begegneten dabei Angehörige der verschiedensten Bevölkerungsgruppen nun KZlern, Emigranten und anderen Widerständlern in anleitenden und führenden Positionen.

12 Siehe Sven Keller: Verbrechen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges, in: Cord Arendes/Edgar Wolfrum/Jörg Zedler (Hrsg.): Terror nach innen am Ende des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 2006, S.25-50, sowie Gabriele Hammermann: Die Todesmärsche aus den Konzentrationslagern 1944/45, in: ebenda, S.122-148.

13 Siehe Norbert Haase: Justizterror in der Wehrmacht am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Arendes/Wolfrum/Zedler, Terror S.84-89.

14 U. a. erschreckten ihn die Forderung kommunistischer Arbeiter nach Waffen und die beabsichtigte Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, aber schließlich waren das die Früchte der KPD-Politik aus der Zeit vor 1933. Arthur Pieck über die Stimmung der Berliner Bevölkerung, Brief an Wilhelm Pieck vom 7.5.1945, in: Alexander von Plato/Almut Leh: Ein stürmischer Frühling. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945-1948, Bonn 1997, S.292.

Diese aktiven antifaschistischen und antimilitaristischen Deutschen mit Widerstandserfahrung bildeten eine kleine Minderheit, zeichneten sich aber durch Initiativreichtum, Einsatzbereitschaft, organisatorische Fähigkeiten, mehr oder weniger klar umrissene Perspektivvorstellungen und gesellschaftliche Konzepte aus. Unter den günstigen Rahmenbedingungen der sowjetischen Besatzungszone verschaffte ihnen dies Handlungsvorteile und -chancen. Sie trafen auf eine Bevölkerung, in welcher klassen- und schichtenspezifische Faktoren anfangs kaum eine Rolle spielten, man fühlte sich in erster Linie als Ausgebombter, Flüchtling, Kriegswitwe, Heimkehrer, Umgesiedelter. In den Augen der meisten durch Krieg und Nachkrieg umhergetriebenen kleinen Leute, auch Arbeiter, rangierte die Versorgung eindeutig vor der Politik. Von den wieder zugelassenen Arbeiterparteien und den Gewerkschaften, denen sich zunehmend organisationserfahrene, aufbaubereite oder in der Arbeiterkultur der Weimarer Republik verwurzelte Arbeiter anschlossen, und ihren Protagonisten in den Kommunal-, Landes- und Provinzial- und Deutschen Zentralverwaltungen erwarteten sie erst einmal Lebenshilfe, gerechte Entscheidungen bei der Bewältigung nachkriegsspezifischer Daseinsprobleme und insgesamt die Wiederherstellung geregelter Lebensverhältnisse – angesichts der tiefgreifenden Deformation der historisch gewachsenen gesellschaftlichen und individuellen Reproduktionsbedingungen keine leichte Aufgabe. Doch bei aller Disparität der damaligen Zustände und Bewußtseinslagen zeichnete sich in wichtigen politischen Fragen ein schichtenübergreifender Konsens ab, nämlich: Nie wieder Krieg! Lieber trocken Brot essen! Nie wieder ein Gewehr anfassen! Ebenfalls weitgehendes Einverständnis herrschte darüber, daß die Nazi- und Kriegsverbrecher bestraft und enteignet werden müssen. Inschriften an Ruinen, Trümmerloks, Werksmauern wie „Das danken wir dem Führer!“ oder „Adolfs Erbe“ zeugten unmittelbar 1945 von spontanen Versuchen, sich mit der Nazivergangenheit auseinanderzusetzen, wengleich oft genug unter Ausblendung eigener Verantwortung und ohne schon den Faschismus als System zu begreifen. Auch später lassen sich durchaus eigenwillige antifaschistische Basisaktionen feststellen. In einigen Regionen erhielten ehemalige Nazis z. B. keine Plätze in den notorisch überfüllten Bussen des Berufsverkehrs und mußten lange Strecken zu Fuß, im Glücksfall mit dem Rad zurücklegen. Als in den späteren SAG-Betrieben die sowjetischen Betreiber das Management beibehielten, um eine möglichst ertragreiche Produktion zu erreichen, drängten Betriebsräte und Gewerkschafter auf Ablösung der belasteten Direktoren und erzwangen in einigen Fällen eine Neubesetzung der Posten.¹⁵ Wie im Osten so auch im Westen konnten sich politisch wache Menschen, vor allem die Angehörigen der reorganisierten Arbeiterorganisationen, die neue Gesellschaft nur als eine nachkapitalistische vorstellen. Die bekanntlich in der SBZ sehr weitreichende Entnazifizierung der Schulen und Verwaltungen sowie die Übernahme der Behörden durch ausgewiesene Antifaschisten bzw. Unbelastete

15 Siehe Rainer Karlsch: Die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG), in: Hübner/Tenfelde, Arbeiter, S.269-300, hier S.284-289.

stieß daher auf Genugtuung nazikritischer Kreise und fand die pragmatische Zustimmung der Kleine-Leute-Mehrheit, die zugleich irgendwie hoffte, daß eine gesellschaftliche Entwicklung zu ihren Gunsten eingeleitet würde.

Nicht wenige Angehörige der neuen Verwaltungen im Osten waren auf relativ geradem Wege vom Zuchthaus ins Rathaus gelangt. Ihre Widerstandstätigkeit und ihre Verfolgung während der Nazizeit verschafften ihnen Achtung und Respekt, zumal die meisten seinerzeit mit Arbeitern und anderen kleinen Leuten auf Augenhöhe verhandelten, viele sich selbst sehr forderten und sogar dankbar waren, daß sie als neue Ordnungskräfte anerkannt wurden. In Rückblicken erinnern z. B. Kommunisten nicht nur ihre oft überlangen Arbeitstage, sondern auch wie schwer es ihnen fiel, plötzlich an einem Schreibtisch Verwaltungsarbeit leisten zu müssen, von der sie nur wenig verstanden.¹⁶ „Manchmal war das gar nicht anders als mit ein bißchen Glück zu schaffen“, meinte später eine Crimmitschauer Stadträtin.¹⁷ Einige Kommunisten der ersten Stunde, so Werner Eggerath, andeutungsweise und eher widerwillig auch Wilhelm Thiele, lassen in ihren Erinnerungen erkennen, daß sie bei der Wiederherstellung einer funktionierenden Verwaltung erfahrenen Kommunal- und Verwaltungsbeamten aus der Sozialdemokratie viel zu verdanken hatten.¹⁸ Am zügigen Aufbau antifaschistischer Verwaltungen und insbesondere an der Formulierung einer neuen Arbeits-, Sozial- und Versicherungspolitik – einer Domäne sozialdemokratischer Spezialisten aus der Weimarer Republik – hatten sie einen bedeutenden Anteil.¹⁹ Insbesondere diese seinerzeit lebensnotwendige fürsorgliche Tätigkeit ist „unten“ hoffnungsvoll zur Kenntnis und in Anspruch genommen worden. Von den Kriegsfolgen am meisten Betroffene – Arbeiterrentner,²⁰ alleinerziehende und alleinstehende Frauen,²¹ die von 35 RM

16 Dahlem kritisierte auf dem 15. Parteitag der KPD, daß die Reden mancher Sekretäre und Funktionäre „hohl und phrasenhaft“ klängen, sobald es um Produktion und Lenkung der Wirtschaft ginge. Siehe Bericht über die Verhandlungen des 15. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 19. und 20.4.1946 in Berlin, Berlin 1946, S.72f.

17 Du bist ja nur bescheiden... Erfahrungen der Stadträtin Lotte Wilke, aufgeschrieben von Brigitte Kirilow, in: Sonntag, 1984, Nr. 10.

18 Siehe Werner Eggerath: Die fröhliche Beichte. Ein Jahr meines Lebens, Berlin 1975, S.122f., 133; 158, und Thiele, Geschichten, S.210.

19 So legte die unter der Leitung von Gustav Brack stehende Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge (ZVAS) in der kurzen Zeit ihrer Existenz eine Fülle von arbeiterbezogenen Sozialdatenerhebungen und Sozialanalysen vor, wie allein ein Blick in die Zeitschrift „Arbeit und Sozialfürsorge“ ausweist.

20 Siehe Evemarie Badstübner: Zur Sozial- und Kulturgeschichte der Arbeiterklasse in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945-1949). Ausgewählte historische Entwicklungslinien – nachkriegsspezifische Probleme – alltagsgeschichtliche Aspekte, Diss. B, Berlin 1990, S.213-221.

21 Siehe ebenda, S.158-175, sowie Dies.: Durchkommen und Überleben. Frauenalltag in der Nachkriegszeit, in: Zeitbrüche – Lebensbrüche, Frauenalltag in Thüringen 1945,

Sozialhilfe leben mußten, und nicht zuletzt die völlig mittellosen Umgesiedelten wandten sich in Tausenden von Briefen Hilfe suchend an Ämter wie die Zentralverwaltungen für Arbeit und Sozialfürsorge oder für Umsiedler; auch an SED-Instanzen wurde geschrieben. Den Höhepunkt dieser frühen Eingabentätigkeit bildeten die Jahre 1946/47, als die Versorgungslage noch außerordentlich schwierig war und sich 1947 extrem zuspitzte. Auf über 2.400 Briefe habe sie reagiert und auch versucht zu helfen, teilte die zuständige Abteilung der Zentralverwaltung für Umsiedler in ihrem Jahresbericht von 1946 mit.²² Die Eingaben konfrontierten die Behörden mit einer Überfülle an Elend und fast aussichtslosen Alltagssituationen, was offensichtlich dazu führte, daß während der ersten Nachkriegsjahre auch in den Parteivorstandssitzungen der SED die Alltagsprobleme der Bevölkerung noch ausführlich und verständnisvoll diskutiert wurden. Bemerkenswert an dieser frühen Eingabenspraxis ist, daß viele Verfasser dezidiert ihre Distanz zu den Naziorganisationen auswiesen.²³ In den Gesuchen wurde indes auch auf der Grundlage neuen politischen Gedankengutes argumentiert und eingefordert, was führende SED-Mitglieder in ihren Verlautbarungen versprachen.²⁴ Enttäuschungen über die geringen Spielräume und die Abhängigkeiten der SED und der deutschen Verwaltungsorgane

Begleitbuch für die gleichnamige Ausstellung des Museums für Thüringer Volkskunde vom 27. April bis 27. August 1995, Erfurt 1995, S.25-53.

22 Siehe Michael Schwartz: Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, in: Hartmut Mehriinger (Hrsg.): Von der SBZ zur DDR, München 1995, S.43-96, hier S.51, Fn. 28.

23 So wandte sich im März 1947 ein Standesbeamter an das Zentralsekretariat der SED, weil der Rentenanspruch seines Vaters ein Jahr lang keinen Erfolg hatte. „Mein Vater ist in 30 Jahren schwerster Steinbrucharbeit vollkommen verbraucht und nicht mehr arbeitsfähig. Die paar Spargroschen sind inzwischen restlos verbraucht. Ich selbst bin 45% Kriegsgeschädigter und habe mit Frau und Kind als Standesbeamter ein monatliches Einkommen von 38 Mark, bin also nicht im Stande meine Eltern auch noch mit zu unterstützen. [...] Pg war mein Vater nicht, also bestehen in dieser Hinsicht keine Hinderungsgründe. Ich selbst bin Mitglied der SED“. Bundesarchiv. Deutsche Zentralverwaltung Gesundheitswesen und Arbeit und Sozialfürsorge (BArch, DZVAS), Q-1, Nr. 1312, Bl. 61.

24 Weil ohne Vorankündigung die Waisenrente für ihre beiden Kinder gekürzt worden war, schrieb 1947 eine Heimarbeiterin aus Falkenstein im Vogtland an Jenny Matern, Staatssekretärin in der ZVAS, und schilderte ihren Tagesverlauf: „Früh steht man nach Wasser an, dann nach Gemüse, Kartoffeln, je nachdem, was es gibt. Dann muß man hetzen, um ein kärgliches Mittagmahl zu bereiten. Anschließend rennt man in den Wald, um etwas Reisig zu sammeln, damit die Kinder nicht erfrieren. Dann ist es finster u. Stromsperre. So beginnt man dann mit der Heimarbeit nachts 10 Uhr, wenn der Strom wieder kommt u. arbeitet bis 3 oder 4 Uhr morgens. Für die Kinder hat man kaum eine Stunde Zeit. Entweder sie treiben sich bei anderen Familien herum oder verwaorlosen auf der Straße. Dieses ist doch bestimmt nicht der Wunsch der jetzigen Staatsverwaltung.“ Obwohl ihr klar sei, daß der „sinnlose Hitlerkrieg“ alles Geld aufgebraucht hätte, verstünde sie nicht, daß gerade an den Waisen gespart würde. „Und wie hat doch Herr Otto Grotewohl so schön in seiner Leipziger Rede gesagt: ‚Die deutsche Jugend hat keine Schuld‘“. BArch, DZVAS, Q-1, Nr.1312, Bl. 269-271.

konnten aber nicht ausbleiben. Daher entsprangen selbst massive Mißfallensäußerungen oft ganz banalen, aber an die Substanz des einzelnen gehenden Alltagserlebnissen, so wenn Arbeiterkontrollen aus Gründen des Gemeinwohls ihren Klassengenossen gehamsterte Kartoffeln wegnahmen, um genügend Saatkartoffeln für die künftige Ernte bereitstellen zu können, oder die Volkspolizei auf dem Schwarzen Markt gehandelte Güter auch der kleinen Leute beschlagnahmte, um sie in Umsiedlerlagern und Waisenhäusern zu verteilen. Als Hilfsangebot gab es zeitweilig nur Appelle an Solidaritätstraditionen, die tatsächlich in großen Hilfsaktionen wie „Rettet die Kinder!“ oder den Länderaktionen gegen die Not, aus denen später die „Volkssolidarität“ erwuchs, realisiert wurden.

Mehr oder weniger zuversichtlich erwartete die Bevölkerung von deutschen Behörden und Organisationen auch, daß diese als Anwalt deutscher Interessen gegenüber der Besatzungsmacht fungieren würden. In Eingaben und anderen Wortmeldungen ging es dabei sowohl um Interessen von allgemeinesellschaftlicher bzw. regionaler Bedeutung, als auch um heikle persönliche Probleme der Schreiber. Unter anderem hoffte man mit Hilfe der neuen Politiker, die Demontage von Straßenbahnen, von Fabriken²⁵ oder wenigstens die Sprengung der Verwaltungsbaracken zu demontierender Rüstungswerke zu verhindern, die zur Unterbringung von Umsiedlern genutzt werden sollten. An erster Stelle standen aber Fragen nach der Rückführung der Kriegsgefangenen, die sowohl bei den oberen Parteiinstanzen als auch bei Frauenpolitikerinnen auf offene Ohren stießen. Letztere sammelten z. B. Eingaben, um sie in Karlshorst zu übergeben. 1948 durften Elli Schmidt und Käthe Kern sogar ein Kriegsgefangenenlager bei Moskau besuchen.

Als äußerst schwieriges Problem erwiesen sich aber die ständig wiederkehrenden massiven Forderungen nach Rückgabe der Ostgebiete und nach drastischer Senkung der Reparationskosten. Dem war nur mit dem kompromißlosen Hinweis auf die faschistischen Verbrechen und die Wiedergutmachungspflicht der Deutschen zu begegnen, obwohl sich auch die SED eine mildere Praxis gewünscht hätte. Kompliziertere persönliche Probleme wie die Suche nach dem Verbleib von Familienangehörigen, die ohne Angabe von Gründen durch die Besatzungsmacht verhaftet worden waren, sind insbesondere von Angehörigen der Arbeiterbewegung häufig direkt an Wilhelm Pieck, aber auch Otto Grotewohl herangetragen worden. Kritisch benannt wurden die fehlenden rechtlichen, auf den Einzelfall bezogenen Begründungen für dieses oft willkürliche Vorgehen. „Ich bin 1933 der Partei beigetreten, weil ich keine Arbeit und kein Geld hatte. Auf diese Weise hoffte ich unterzukommen, und es war auch so. Dabei hatte ich keine Ahnung, was für eine Verantwortung ich damit übernehme“, bekannte 1946 ein Arbeiter in einem anonymen Leserbrief an den Berliner „Nachtexpress“. „Ich weiß, daß ich damit eine Schuld auf mich geladen habe, und bin bereit die Folgen zu tragen. Aber dann muß man mal ein Urteil in

25 Siehe v. Plato/Leh, Frühling, S.267f., 313.

der Hand haben, das Recht hat auch jeder Verbrecher.“²⁶ In welches Dickicht an Verwicklungen und schlimmen Entscheidungen Menschen geraten konnten, die sich um die Rückkehr ihrer Angehörigen bemühten, hat schon vor mehr als zehn Jahren Günter Agde in seiner Dokumentation über die Greussener Jungen dargelegt.²⁷ Obwohl über Schuld oder Nichtschuld der Mitläufer, der sogenannten kleinen Pg, schon 1946 entlastend diskutiert worden war, stellte die SMAD die Überprüfung von unschuldig Verhafteten erst Anfang 1948 nach Verhandlungen mit Pieck und Grotewohl in Aussicht.

„... und alles trägt der Arbeiter“

Hier interessieren aber vor allem die Industriearbeiter, die wichtigste Zielgruppe der SED. Sie boten in ihrer Eigenschaft als Produzenten, aber vor allem in ihrer erwarteten Rolle als künftige gesellschaftliche Führungskraft ein widersprüchliches Bild. Den Kern der Arbeiterschaft bildeten unmittelbar nach Kriegsende die vom Kriegsdienst befreit gewesenen Produktionsarbeiter in der Großindustrie, die nach Beendigung der Kampfhandlungen relativ schnell die Wiederherstellung eines geregelten Alltags erstrebten und die dafür ihre produktiven Fähigkeiten, ihr Arbeitswissen und ihre Betriebskenntnis mitbrachten. Sie lebten oft noch in intakten Milieus und wollten wieder normal und kontinuierlich arbeiten, um sich ihren Lebensunterhalt verdienen zu können. Dazu kam die Hoffnung auf eine bessere Lebensmittellkarte. Schon am 10. Mai 1945 verzeichnete der spätere Direktor des VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke in seinem Tagebuch, daß sich vor dem Werktor jeden Tag zunehmend mehr Betriebsangehörige einfanden. Am 16. Mai durften sie dann das Werk zu Aufräumungsarbeiten betreten, also noch vor Erlaß der Produktionsbefehle und der Arbeitspflichtverordnungen.²⁸ Allerdings wurden in den ersten Nachkriegsmonaten Tausende von Arbeitern zu Demontearbeiten herangezogen.²⁹

Der unmittelbaren Nachkriegsdepression folgte ab Spätsommer 1945 eine Phase des Wiederaufbaus, die 1946 ihren Höhepunkt erreichte und in welcher Arbeiter alles daransetzten, Fabriken, Wasser-, Energie- und Verkehrsbetriebe wieder arbeitsfähig zu machen. „Man tat damals, was getan werden mußte“, meinte ein ehemaliger Maurer, später ein bekannter Kunsthistoriker, „das geschah ohne jedes Empfinden von Heroismus, obwohl es heroisch war, fast nur mit bloßen Händen den Trümmern zu Leibe zu gehen, in zerstörten Fabriken Maschinen aus dem Schutt zu graben und neu in Gang zu setzen, und das alles mit einem

²⁶ Nachtexpress, 25.1.1946.

²⁷ Siehe Günter Agde: Die Greussener Jungs. Hitlers Werwölfe, Stalins Geheimpolizisten und ein Prozeß in Thüringen, Berlin 1995. Siehe auch Frank Beyers Bericht über das Schicksal seines Onkels. Frank Beyer: Wenn der Wind sich dreht, München 2002, S.41f.

²⁸ Hartmut Mehls: Ein ungewöhnliches Tagebuch, in: Das Magazin, 1982, H. 5, S.46f.

²⁹ Siehe z. B. Rainer Karlsch: „Rüstungsprovinz“ und Reparationsressource – Die Demontagen in Sachsen/Anhalt, in: Ders./Jochen Laufer: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944-1949, Berlin 2002, S.227-273, hier S.258f.

Minimum an Nahrung, nicht viel mehr an Hoffnung³⁰. Trümmerfrauen reagierten ebenfalls emotionslos und pragmatisch: „Irgendwie muß der Schutt ja weg. Von alleine wird nichts.“³¹ Von aufkommendem Lebensmut zeugten kleine Zeitungsmeldungen etwa vom Wiedererstehen des Lichtenberger Arbeiterorchesters³², von Arbeiterchören oder allgemein über die Wiederbelebung der Freizeitkultur. Immerhin gab es außer Alkolat auch schon wieder Bier – „Sieger- und Besiegtenbier“.³³

Es ist dies m. E. die Zeit größten Einverständnisses mit den neuen politischen Kräften seitens der Arbeiterschaft nach 1945. Als Ausweis dessen sind wohl auch die Abstimmung über den Volksentscheid vom Juni und die Wahlen vom Oktober 1946 zu interpretieren, die auf demokratischem Wege neue gesellschaftliche Rahmenbedingungen herstellten. Die Schaffung von Einheitsgewerkschaften und die konfliktreiche Vereinigung von KPD und SPD wurden von unten eher differenziert nach jeweiliger Parteibindung, Kenntnis der Umstände, aber auch pragmatisch und unaufgeregt zur Kenntnis genommen.³⁴ Erneuerungswille der Arbeiterorganisationen und Aufbauwille an der Basis trafen sich dennoch im konkreten Anliegen des Wiederaufbaus. Es war die Karbid- und Sauerampfer-Generation, die unter großem persönlichem Einsatz, oft mit eigenem Werkzeug unter schwersten Bedingungen die Produktion wieder in Gang brachte. Da die Demontage der Rüstungsindustrie Vernichtung von Industriearbeitsplätzen bedeutete, produzierten nun hochqualifizierte Arbeiter Holzschuhe oder Kochtöpfe aus Stahlhelmen u. ä. oder mußten die in großer Zahl benötigten Schrauben wie zu Urgroßvaters Zeiten mit der Hand herstellen – aber sie konnten es.³⁵ In nahezu allen Produktionszweigen hatten sie mit zerstörten Produktionsanlagen, fehlenden Maschinen oder Maschinenteilen sowie Energie- und Rohstoffmangel zu tun, d. h. Umständen, die eine zügige Produktion unmöglich machten und den Anteil der körperlichen Arbeit anwachsen ließen.³⁶ Die zerrüttete Infrastruktur belastete zusätzlich. „Da kommen die Arbeiter einer Grube täglich aus mehr als dreißig Ortschaften, von denen einige mehr als 15 Kilometer entfernt liegen“, heißt es in einem

30 Wolfgang Hütt: Heimfahrt in die Gegenwart, Berlin 1982, S.436.

31 Die Frauen packen an, in: Deutsche Volkszeitung, 26.6.1945.

32 Siehe Die Freie Gewerkschaft, 10.4.1946.

33 Im neuen Jahr – das neue Bier, in: Nachtexpress, 3.1.1946. Beim sog. Besiegtenbier handelte es sich um Dünnbier, gelegentlich auch Fliegerbier genannt.

34 Diesbezüglich existieren noch viele Wissenslücken. Siehe aber Ahlheit/Haack, Autonomie, S.59-72.

35 Siehe Wilhelm Schulz: Anfänge im Rostocker Hafen 1945, in: Unbeugsame Kraft. Erinnerungen und Episoden aus dem Kampf der Arbeiterbewegung im Bezirk Rostock, Rostock 1976, S.260-263, hier S.261.

36 In der Berliner Industrie betrug 1946 der Anteil der Maschinenstunden an den für die Fertigung geleisteten Arbeitsstunden (ohne Bau) im März 25 %, im April und Mai 26 % und vom Juni bis September 30 %. Siehe Geschäftsbericht des FDGB Groß-Berlin, Berlin 1947, S.225.

Versammlungsbericht aus der thüringischen Kaliindustrie vom Juni 1946. „Eisenbahn- und Omnibusverbindungen fehlen. Fahrräder sind nicht vorhanden. Ein großer Teil der jeden Tag Ausfallenden ist fußkrank, da ihnen die nötigen festen Lederschuhe fehlen.“ Kein Wunder, daß die Forderung aufkam, Fahrräder von Leuten zu beschlagnahmen, die sie nicht aus beruflichen Gründen brauchten.³⁷ Eine aktive gesellschaftliche bzw. politische Betätigung oder eine extensive Versammlungstätigkeit zum Zwecke der politischen Meinungsbildung konnte unter diesen Bedingungen kaum erwartet werden. Symptomatisch dafür ist die Reaktion von Berliner Siemens-Plania-Arbeitern auf die Einladung zu einer großen Gewerkschaftsversammlung: „Wir gehen nach Hause und legen uns aufs Sofa“.³⁸ Arbeitererinnerungen an diese Zeit widerspiegeln Stolz auf das Geleistete, zeitgenössische Aussagen eher das Gefühl, überfordert zu sein, ohne eine Gegenleistung zu erhalten, denn Arbeitsergebnisse wurden zu großen Teilen für Reparationszahlungen verwendet. Dauerhafte Stabilität in den Produktionsabläufen und im Verhältnis zu den neuen politischen Kräften war somit keineswegs gegeben. Die nach wie vor hohen Reparationsleistungen und die unerwartete zweite Demontagewelle führten in der Versorgungs- und Wirtschaftskrise von 1947 sogar zu erheblichen Rückschlägen und rückläufigen Entwicklungen. „Ich bin ein alter Arbeiter hier geworden und die Maschinen, all das, was hier weggeholt wurde [...] ich habe damals an einem Abend geheult, richtig geheult,“ erzählte 1948 ein Hennigsdorfer Arbeiter anlässlich einer Betriebsreportage dem Schriftsteller Eduard Claudius.³⁹ Die Wiedergutmachungspflicht gegenüber der Sowjetunion wurde erneut in Frage gestellt, und die eng mit der Besatzungsmacht zusammenarbeitende SED geriet einmal mehr in den Ruch der „Russenpartei“.

Arbeiter verspürten in ihren reproduktiven Lebensbereichen an die Substanz gehende Verschlechterungen. „Erst essen, dann arbeiten“, artikulierten in der zugespitzten Situation des Jahres 1947 nicht wenige Arbeiter. Selbst der II. Parteitag der SED vom September 1947 stellte in seiner Entschließung zur politischen Lage fest: „Die Moral versinkt im Elend“.⁴⁰ Zu Hungermärschen wie im Westen führte die schwierige Lage nicht. Ostdeutsche Arbeiter bekundeten ihr Mißfallen vor allem in den jeweiligen Betrieben oder blieben in großer Zahl der Arbeit fern, weil sie notgedrungen auf eigene Faust lebenswichtige Güter aufreiben wollten. Als bewußt widerständiges politisches Verhalten läßt sich dieses Fernbleiben daher nicht bewerten. Allerdings zeichnete sich ab, daß Arbeitsverhalten und Arbeitsdisziplin in den künftigen Interaktionen von Arbeiterschaft und politischer Führung eine dominierende Rolle spielen würden.

37 Zit. nach: Dietmar Keller: *Lebendige Demokratie*, Berlin 1971, S.42f.

38 Aus einem Diskussionsbeitrag von Karl Litke auf der 13. Tagung des Parteivorstandes der SED vom 20.4.1947, SAPMO-BArch, DY 30, IV/2/1/12.

39 Eduard Claudius: *Arbeit, Kritik, Hoffnung, Hennigsdorfer Eindrücke*, in: *Deutschlands Stimme*, 15.8.1948, S.6.

40 Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der SED. 20. bis 24. September 1947 in Berlin, Berlin 1947, S.538.

Denn Arbeiter stellten sich in ihrer Mehrheit der Nachkriegssituation mit den Verhaltensweisen, die sie in früheren Gesellschaften praktiziert hatten,⁴¹ zumal sie in ihrer Lebenslage keine Veränderungen oder gar Verbesserungen verspürten. Der befreite Arbeiter, „der Fleiß ohne Unternehmerteitsche, höchste Leistung ohne kapitalistische Antreiber“ entfaltet,⁴² wie er in den Vorstellungen der Linken existierte, war dauerhaft – sieht man von der Überwindung der größten Nachkriegsnot ab – in der Praxis kaum anzutreffen. Im Gegenteil, in einigen volkseigen gewordenen Betrieben hatten Arbeiter anfangs sofort die Stechuhren stillgelegt und Bergarbeiter z. B. die 6-Stunden-Schicht gefordert.⁴³ Obwohl Arbeit, Arbeitsamkeit und Arbeiterstolz in den Wertvorstellungen der Arbeitenden durchaus einen zentralen Platz einnahmen, blieb Arbeit Mittel zum Erwerb und damit wichtigster Weg zum individuellen Konsum und zur persönlichen Lebensgestaltung. In gewisser Weise hatte Ackermann schon frühzeitig auf diese Problematik hingewiesen: „Wir müssen uns den Kopf zerbrechen: Was können wir tun, um den Arbeitern etwas zu geben?“, fragte er auf der 5. Tagung des Parteivorstandes der SED im September 1946. „Denn alle Schichten haben irgend etwas von uns bekommen, jedenfalls viele Schichten: der Bauer, der Lehrer, die Intelligenz haben im großen und ganzen sehr viel bekommen, aber von Anfang an nichts bekommen hat der Arbeiter, und alles trägt der Arbeiter.“⁴⁴ Die soziale und politische Brisanz dessen zeigte sich im Krisenjahr 1947 besonders deutlich und erforderte zügiges Handeln. Bekanntlich gingen die deutschen Gremien mit Unterstützung der SMAD – beginnend mit dem Befehl 234 – dazu über, die materielle Lage der Arbeiter mit einem Bündel differenzierter Maßnahmen direkt im Betrieb zu verbessern: Werksessen, Ausbau der betrieblichen Gesundheitseinrichtungen, Einrichtung von Betriebskindergärten, Bereitstellung von Urlaubsplätzen, ‚kulturelle Arbeit an den Massen‘ usw. Daneben begann die im Grunde notwendige, aber umstrittene Einführung von Leistungslöhnen und die Initiierung von Wettbewerben. In Verbindung mit der längerfristigen Wirtschaftsplanung, der Eröffnung von HO-Geschäften und einigen kleineren Preissenkungen gelang in der Folgezeit eine gewisse Konsolidierung der Lage. Die ausgesprochenen Hungerjahre waren vorbei.

41 Ein Berliner Glühlampenwerker bezeichnete später seine Kollegen als „ein bißchen schwerfällig, weil sie noch von OSRAM kamen und den ‚Siemensschritt‘ hatten. – Siemensschritt, das ist ein ganz bestimmter Schritt. Man geht nicht schneller. Das ist eine gewisse Arbeitsweise.“ Wolfgang Herzberg: So war es. Lebensgeschichten zwischen 1900 und 1980, Halle-Leipzig 1985, S.239.

42 Heinz Stützer: Sächsische Bergarbeiter im Kampf um Kohle und für ein demokratisches Deutschland von 1945 bis 1948, Leipzig 1966, S.19.

43 Schon die junge KPD betrachtete dies als Bestandteil der künftigen „sozialistischen Bürgertugenden“. Bericht über den Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 30.12.1918 bis 1.1.1919, o. O. o. J., S.51.

44 SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/1/4, Bl.163.

Führende gesellschaftliche Kraft?

An dieser Stelle ist zu fragen, inwieweit die Arbeiterschaft an der Basis tatsächlich tragende und führende gesellschaftliche Kraft dieser Aufbau- und Erneuerungsphase wurde, wie Ackermann prognostiziert hatte.⁴⁵ Der Versuch einer Antwort ergibt ein Bild äußerst widersprüchlicher Entwicklungen. Arbeiter hatten sicherlich einen Anteil an Entnazifizierung und antifaschistischer Erneuerung. Tragende Kraft waren sie aber in Ost wie West vor allem in ihrer Funktion als weiterhin ausführende Produzenten. Nur arbeiteten sie nicht von einem neuen Arbeitsethos getrieben, sondern wie zuvor auch, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und suchten angesichts ihrer Erschöpfung und der nach wie vor schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen ihre Arbeitskraft sogar möglichst zu schonen. Also wehrten sie sich gegen Leistungslöhne mit der alten Losung „Akkord ist Mord“, und der Aktivist Adolf Hennecke erschien vielen als Arbeiterverräter. Da sich die reproduktiven Lebensbereiche, die nun einmal von Niveau und Effektivität der gesellschaftlichen Produktion abhängig sind, in der SBZ langfristig nicht den Erwartungen entsprechend entwickeln konnten, war diese Konfliktsituation von Dauer. Lohn- und Normenfragen bildeten in den folgenden Jahren den sozialen und politischen Hauptkonfliktstoff zwischen Produktionsarbeitern der volkseigenen Industrie und politischer Führung.⁴⁶ Auf der Suche nach plausiblen Erklärungen für die sich letztlich aus den Notwendigkeiten der industriellen Arbeit ergebenden Anforderungen an die Arbeiter argumentierte z. B. der Gewerkschafter Walter Maschke: „Kam es früher darauf an, aus geduldigen und fügsamen Knechten Kämpfer zu bilden, die selbstbewußt ihren Weg im Vertrauen auf die Kraft und die Stärke der Bewegung gingen, so müssen heute aus den Kämpfern bewußt dem wirtschaftlichen Neuaufbau dienende Arbeiter werden – die in Gemeinschaft, aber auch auf sich selbst gestellt – in ihrer Arbeit verantwortungsbewußt ihren Weg der Pflicht gehen“.⁴⁷ Auch Ackermann erhoffte den „gewandelten Menschen“, der Arbeit als „ehrenvolle, freiwillige gesellschaftliche Verpflichtung“ betrachten würde.⁴⁸

45 Während Ackermann noch auf dem Kulturtag der KPD meinte, daß Arbeiter und Intellektuelle beim gesellschaftlichen Neuaufbau zusammengehen müssen, schrieb er nach seiner 1948 erfolgten Abstrafung in einem großen Unterwerfungsartikel: „Sie [die Arbeiterklasse E. B.] ist die einzige Klasse, die an der Aufdeckung der Wahrheit interessiert ist. Daher ist sie auch befähigt, die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu erkennen und bewußt – bewußt im Sinne exakter wissenschaftlicher Erkenntnis – Geschichte zu machen.“ (Hervorhebung im Orig.) Anton Ackermann: Stalin, Führer des Weltproletariats. Zu seinem 69. Geburtstag am 21. Dezember 1948, in: Neues Deutschland, 21.12.1948.

46 Siehe grundlegend hierzu Hübner, Konsens.

47 Walter Maschke: Wege zur Zusammenarbeit zwischen Werktätigen und Kulturschaffenden, in: Der Zweijahrplan und die Kulturschaffenden. Protokoll der gemeinsamen Arbeitstagung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Gewerkschaft Kunst und Schrifttum am 28. und 29.10.1948 in Berlin, o. O. J., S.11-25, hier S.15.

48 Neues Deutschland, 5.9.1948.

Zwar fand in der SBZ/DDR schrittweise auch eine Verrechtlichung alter Arbeiterforderungen statt, aber die tagtäglichen Plackereien und das Verlangen nach neuer Fügsamkeit ließen dies im Alltagsbewußtsein in den Hintergrund geraten.

Allein der Organisationsgrad⁴⁹ beweist, daß Arbeiter mit ihren Forderungen vor allem auf die neu gegründeten Gewerkschaften setzten.⁵⁰ Immerhin hatten diese in ihren Grundsatzdokumenten wichtige sozialpolitische Forderungen und Arbeiterrechte wie das Streikrecht verankert.⁵¹ Daneben wirkten Erinnerungen an die Gewerkschaftsbewegung vor 1933. Auch Losungen wie „Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!“ entsprachen Arbeiterhoffnungen. Gewerkschafter und Betriebsräte waren die von den Arbeitern am meisten akzeptierten Interessenvertreter im Betrieb, mit denen sie vor Ort ohne zeitraubende Versammlungstätigkeit verhandeln konnten. Dafür organisierten diese unter den neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einer sozialisierten Industrie schrittweise weitgehende Möglichkeiten der Mitbestimmung und eröffneten Arbeitern neue Handlungsspielräume. Schon die ersten 1945 spontan gebildeten, erst recht die durch die Betriebsrätewahlen von 1946 entstandenen Betriebsräte forderten und praktizierten gemeinsam mit den Gewerkschaften zunehmend Mitsprache bei Einstellungen und Entlassungen, bei Lohn- und Gehaltsfragen, bei sozialen Belangen und Arbeitsschutzfragen und – das war eine völlig neue Gestaltungsmöglichkeit – bei der Produktionsgestaltung und bei der Verwaltung des Betriebes sowie bei Verhandlungen mit Besatzungsbehörden, Finanzgebern und Kooperationspartnern. Daß sie unter Umständen auch sehr konservativen und modernisierungsfeindlichen Auffassungen folgten, zeigt die Behandlung der Frauenproblematik. Der Anteil der Frauen an Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären entsprach in keiner Weise dem prozentualen Mann-Frau-Verhältnis. Nun gehörte die Eingliederung der zumeist beruflich nicht qualifizierten Frauen in den Arbeitsprozeß zweifellos zu den schwierigsten arbeitspolitischen Problemen der Nachkriegszeit. Auch Arbeiter sahen die Notwendigkeit, Frauen zu beschäftigen, offerierten aber viele Vorbehalte.⁵² Denn unbestritten galten Arbeitsamkeit, körperliches Geschick, Arbeitswissen, das Beherrschen praktisch-technischer Fertigkeiten, Rationalität, Kooperationsfähigkeit sowie Ordnungssinn und Diszipliniertheit vor allem als

49 1947 3,5 Mio., 1950 5 Mio. Mitglieder. Von den 1.854 000 Mitgliedern der SED kamen im Jahre 1947 46,3 % aus der Industriearbeiterschaft.

50 Siehe Renate Hürtgen: Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Köln-Weimar-Wien 2005, S.29.

51 Siehe Soziale Forderungen des FDGB, in: Protokoll des 2. Kongresses des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, o. O. o. J. (1947) S.221-223.

52 „Die Frau ist an sich bei Ausübung einer beruflichen Tätigkeit weniger konzentriert als der Mann und die gegenwärtigen Zeitverhältnisse tragen dazu noch besonders bei.“ Aus einem Bericht des Verbandes der Holzarbeiter an die ZVAS über die Beschäftigung von Frauen vom 19.3.1946. BArch, DZVAS, Q-1, Nr. 1293, Bl. 24f.

Eigenschaften männlicher Industriearbeiter und bildeten wichtige Seiten ihres Selbstbildes und ihres Selbstbewußtseins. In den männerdominierten Industriebetrieben, die bislang kaum Frauen beschäftigt hatten, stießen diese daher auf wenig Entgegenkommen. Sie wurden diskriminiert, nicht für voll genommen, benachteiligt und regelrecht schikaniert. Frauen mußten Außerordentliches leisten, um mit solchen Situationen fertigzuwerden und in der Arbeit zu bestehen. Wer daher einen Beruf als Sekretärin in einer Gemeindeverwaltung oder in einer Kohlenhandlung ergattern konnte, blieb dort möglichst bis zur Rente. Parteiinstanzen, Frauen- und Sozialpolitikerinnen versuchten relativ frühzeitig, Frauen in ihrer Lage zu helfen, auch weil sie Auswirkungen auf deren Politikverhalten befürchteten. Doch als im August 1946 der SMAD-Befehl 253 der alten proletarischen Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ eine rechtliche Grundlage gab, brach innerhalb der Arbeiterschaft der Streit erst richtig aus, und die Realisierung dieses Befehls wurde immer wieder abgebremst. Frauen seien kleiner als Männer, bräuchten also weniger Nahrungsmittel usw. wurde diskutiert, daher wäre weniger Lohn gerecht. Unseligerweise griff die Ökonomin Rita Sprengel in einem der Selbstverständigung dienenden Artikel⁵³ dieses Argument auf, so daß Frauengruppen empört protestierten. Jürgen Kuczynski mischte sich ein und meinte, dann müßte man aber auch kleineren Männern unter 1,70 weniger Lohn zahlen.⁵⁴ Couragierte Frauen, Frauenausschüsse, auch die Frauenpolitikerinnen der SED haben mit großem Elan gegen das weitverbreitete konservative Frauenverständnis angekämpft – übrigens auch in den eigenen Reihen – und Frauen aufgefordert, sich zu wehren. Doch aus Zeitgründen und wegen ihrer starken familiären Belastung verzichteten viele Frauen auf Teilnahme am aktiven politischen Leben. Die arbeitende Frau mit Berufsabschluß hat sich massenhaft erst Ende der 50er und Anfang 60er Jahre ihren mehr oder weniger anerkannten Platz erobert.

Doch auch auf ein anderes Problem mit Langzeitwirkung ist hinzuweisen: So ist nicht zu übersehen, daß schon Ende der 40er Jahre die Arbeitswelt für Produktionsarbeiter eine völlig neue Bedeutung erlangte. Insbesondere volkseigene oder SAG-Betriebe entwickelten sich zu dem bestimmenden Ort, an dem sich Arbeiter kollektiv artikulierten, ihre Spielräume austesteten und mehr oder weniger erfolgreich versuchten, ihre spezifischen, manchmal gruppen- bzw. betriebsegoistischen Interessen durchzusetzen. Die oft massive Kritik an den noch immer schlechten Lebensbedingungen, besonders an den katastrophalen Wohnverhältnissen, fand ebenfalls hier statt und nahm in späteren Jahren zu, als Währungsreform und Marshallplan im Westen bessere Lebenschancen erwarten ließen. Doch schon im Oktober 1947 hatte Walter Ulbricht auf einer Bezirksvorstandssitzung des FDGB⁵⁵ verärgert reagiert, weil in den Betrieben Forderungen ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage gestellt würden. Im

53 Siehe Rita Sprengel: Studien zur Bewertung der Frauenerwerbstätigkeit, in: *Die Arbeit*, 1948, S.6.

54 Siehe Jürgen Kuczynski: Wert und Preis der Frauenarbeit, in: *Die Arbeit*, 1948, S.106.

55 Siehe Hübner, Konsens, S.28.

Grunde forderte er die Gewerkschafter auf, sich nicht in Opposition zu üben, sondern in erster Linie die Interessen der SED nach unten zu vertreten. Damit war der Sache nach ein Funktionswandel der Gewerkschaften eingeleitet. Da der SED und anderen Gremien die Forderungen, ständigen Diskussionen und Aushandlungsnotwendigkeiten offenbar lästig waren, standen auch die Betriebsräte zur Disposition, zumal sie im sowjetischen Modell nicht vorkamen. Als erste lösten die sowjetischen Leitungen die Betriebsräte in den SAG-Betrieben auf, in der übrigen SBZ bestanden sie noch bis Ende 1948. Ihre Abschaffung bedeutete Verzicht auf langwierige, manchmal quälende, aber basisdemokratische und im Hinblick auf Arbeiter emanzipatorische Entscheidungsfindungsprozesse, die in Gang zu setzen für eine nachfaschistische Gesellschaft eigentlich unabdingbar war.

Vor allem in den Großbetrieben baute die SED 1948/49 ihr Betriebsgruppensystem aus, d. h. in den Augen der Arbeiter entstand neben Betriebs- und Gewerkschaftsleitung ein weiterer Leitungsapparat, mit dem sie sich auseinandersetzen bzw. arrangieren mußten.⁵⁶ Die Arbeiterbewegung in Gestalt von Parteien und Gewerkschaften trat Arbeitern nun zunehmend als staatlich organisierte Kraft entgegen, die sie auf der Grundlage oben gefaßter verbindlicher Beschlüsse anleitete und führte. Angesichts dieser Selbstermächtigung entstanden in Perspektive neue Konfliktherde, denn die SED befand sich auf dem Wege zur hierarchisch gegliederten stalinistischen Kaderpartei. Die Welle der Disziplinierungen und Parteisäuberungen betraf zwar zuerst die Mitglieder, aber auch nach außen wurde der Ton rauher. Selbst die Arbeiterfreizeitkultur wurde unter die Lupe genommen und die Erziehung zum neuen Menschen forciert. Kulturerzieherische Freizeitkonzepte wurden gefördert und erstmals Künstler zu diesem Zweck in die Betriebe geschickt. „Kulturelle Kurzveranstaltungen während der Arbeitspause zur Hebung der Arbeitsintensität“ oder der „Kampf gegen das Bummelantentum“ mit „zeitnahen Bühnenstücken“ stießen allerdings auf wenig Gegenliebe.⁵⁷ Zur gleichen Zeit wurde aber an einem weitgehend pluralistischen Verfassungsentwurf gearbeitet, und beispielsweise der Sozialpolitische Ausschuß des Deutschen Volksrates erörterte interessante, am Volkswohl orientierte Maßnahmen für ganz Deutschland.

Um die Wirtschafts- und Versorgungslage zu verbessern, griffen die jeweiligen Führungsgremien mehr und mehr zum Mittel der ideologischen Massenmobilisierung und riefen immer erneut Produktionswettbewerbe sowie andere Aktionen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität ins Leben. Zugleich setzten sie auf Schulung und Erziehung. Das war sicher nicht falsch, denn systematische und umfassende politische und fachliche Bildungsarbeit gehörte zu

⁵⁶ Die Qualität dieser Beziehungen hing oft vom Format der Akteure ab. Siehe auch Ahlheit/Haack, *Autonomie*, S.58-72.

⁵⁷ Festlegungen thüringischer Kulturreferenten aus dem Jahre 1947. BArch, DZVAS, Q-1, Nr. 1313, Bl. 88.

den bedeutenden Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung. Doch Schulung wurde zunehmend auch als ideologische Disziplinierung verstanden, und die Sowjetisierung der gesellschaftswissenschaftlichen Lehrstoffe produzierte eher Mißvergnügen. Stalins These vom sich gesetzmäßig verschärfenden Klassenkampf konnte einen kritischen Denker durchaus zum Klassenfeind werden lassen. Bezieht man allerdings die Berufsdimension in die Überlegungen ein, zeigt sich, daß die Chance zur fachlichen Qualifizierung für immer mehr Betriebsangehörige interessant wurde.

Auf viele Brüche und Kursänderungen, mit denen sie die politische Entwicklung seit 1945 konfrontierte, war die Arbeiterschaft nicht vorbereitet. Vieles wurde auch nicht gleichzeitig wahrgenommen, sondern erst allmählich verarbeitet und begriffen. Die 1948 einsetzende Distanzierung der SED von den demokratischen Denk- und Praxisansätzen des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus, die ja auf fruchtbaren Boden gefallen waren, die Verdrängung ehemaliger Sozialdemokraten, der angestrebte Funktionswandel der Gewerkschaften, die Schaffung der Kasernierten Volkspolizei und die entgegen allen früheren Erklärungen überdimensionierte Propagierung des sowjetischen Beispiels, die quasireligiöse Stalinverehrung, dazu der Kalte Krieg und die sich abzeichnende Teilung Deutschlands verursachten Unsicherheit und großes Unbehagen. Von „oben“ wurde zudem Arbeiterleben mehr und mehr ideologisiert und immer weniger als sozialer Prozeß wahrgenommen. „Aus einer analytischen Sozialkategorie, der ‚Arbeiterklasse‘“ wurde „eine unmittelbare Kollektivperson mit konsistenter Identität, die unabhängig von wirklich empirischen Personen quasi lebensgeschichtlich ‚handelt‘.“⁵⁸ Arbeiter reagierten auf diese Entwicklungen mißtrauisch und abwartend, wollten aber ihre sozialen und kulturellen Bedürfnisse, Ansprüche und Verhaltensweisen ernst genommen sehen. Schließlich hatten auch sie gewisse Emanzipationsprozesse durchlaufen.

Jugendliche und junge Erwachsene aus Arbeiterkreisen sahen die Welt allerdings oft anders. Sie kannten die sogenannten Friedenszeiten nicht, sondern waren in den Kriegs- und Trümmerjahren aufgewachsen, wollten vorwärtskommen und etwas werden. Da sie beachtliche, nie dagewesene Bildungschancen erhielten, fühlten sie sich der neuen Ordnung verbunden. Durchaus offen für die Aufgabe, ein neues Deutschland zu errichten, erlebten sie in Perspektive soziale Aufstiege, viele drangen in neue Lebenswelten und Funktionen vor, die ihnen durchaus Gestaltungsmöglichkeiten boten, und bildeten so eine wichtige Aufbau- und Trägergeneration der DDR.⁵⁹ Und mancher empfand dies als Weg vom Knecht zum Herrn.

Als sich die DDR 1949 als Arbeiter-und-Bauernmacht konstituierte, hat darin die Masse der Arbeiter ihren eigenen Aufstieg vom Knecht zum Herrn aber nicht sehen können. Sie verstanden sich nach wie vor als ‚einfache‘ Arbeiter, die aber

⁵⁸ Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung, Frankfurt/Main 1991, S.46.

⁵⁹ Siehe z. B. Mary Fullbrook: Generationen und Kohorten in der DDR, in: Annegret Schüle/Thomas Ahbe/Rainer Gries (Hrsg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive, Leipzig 2006, S.113-130.

gerade in dieser Rolle beachtliches Druckpotential entfalten konnten. Schließlich wurden sie gebraucht. Im Bewußtsein ihrer Unersetzbarkeit entzogen sie sich übersteigter Politpädagogik und verfolgten eigene Vorstellungen und Interessen. Keimhaft deutete sich an, was Ahlheit/Haack „informelle Autonomie der Arbeiter“ nannten. Über Vor- und Nachteile dieser Begriffsbildung wird weiter nachzudenken sein. Da sich die sozialistischen Spitzenfunktionäre als Teil der Arbeiterklasse verstanden, war jedoch für sie die Hegemonie der Arbeiterklasse unumstrittene Realität. Die sich daraus ergebenden Widersprüche zwischen Arbeitern und SED, zwischen „oben“ und „unten“ wurden zumeist in der schönen Literatur⁶⁰ problematisiert, hin und wieder versuchten auch Politiker wie etwa Alfred Kurella – als Kulturpolitiker eher dogmatisch –, Erklärungen zu finden. So meinte er, daß die Entwicklung der unterdrückten Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse (die ja von den Klassenindividuen nachvollzogen werden muß, E. B.), „daß der Übergang vom Knecht zum Herrn nie als ein bloßes Nacheinander gesehen werden darf, sondern als Spannung in der Existenz des Arbeiters in jeder Etappe, als Einheit der Gegensätze begriffen werden muß“.⁶¹ Auf höchst intelligente Weise nahm sich dann im letzten Jahrzehnt der DDR Volker Braun des ungleichen Paares Herr und Knecht an und machte es zum Dreh- und Angelpunkt seines gesellschaftskritischen „Hinze-Kunze-Romans“. Dieser beginnt mit Fragen: „Was hielt sie zusammen? Wie hielten sie es miteinander aus? Ich begreife es nicht, ich beschreibe es. Und immer der eine mit dem anderen, und der andere machte mit... Wenn man sie fragte, antwortete der eine für den anderen und der andere mit: Im gesellschaftlichen Interesse.“ Heutzutage schlägt sich mit diesen Fragen die DDR-bezogene Geschichtswissenschaft herum.

60 Auch Wissenschaftler bedienen sich gern dieser Vorgaben. Insbesondere der Frank-Beyer-Film „Die Spur der Steine“ nach dem Roman von Erik Neusch dient gelegentlich als Beispiel. Siehe Ahlheit/Haack, *Autonomie*, S.423-430. In unserem Falle empfiehlt sich Werner Bräunigs Buch „Rummelplatz“ als idealer literarischer Kontext.

61 Alfred Kurella: *Kamst zu uns aus dem Schacht. Erinnerungen an Hans Marchwitza*, Berlin 1980, S.76f.